

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004395/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Céline Imart (PPE), François-Xavier Bellamy (PPE), Nikola Bartůšek (Pfe), Nicolas Bay (ECR), Laurent Castillo (PPE), Henrik Dahl (PPE), Emmanouil Frangos (ECR), Christophe Gomart (PPE), Roman Haider (Pfe), Sarah Knafo (ESN), Rihards Kols (ECR), Miriam Lexmann (PPE), Jaak Madison (ECR), Marion Maréchal (ECR), Milan Mazurek (ESN), Tiago Moreira de Sá (Pfe), Volker Schnurrbusch (ESN), Sander Smit (PPE), Antonín Staněk (Pfe), Claudiu-Richard Târziu (ECR), Alice Teodorescu Măwe (PPE), Zala Tomašič (PPE), Romana Tomc (PPE), Sebastian Tynkkynen (ECR), Milan Uhrík (ESN), Jessika Van Leeuwen (PPE), Milan Zver (PPE)

Betrifft: Drohende Abkehr des Erasmus+-Programms von seiner europäischen Ausrichtung

Am 16. Oktober 2025 legte die Kommission den „Pakt für den Mittelmeerraum“ vor, in dem die Ausweitung des Erasmus+-Programms auf mehrere Mittelmeerländer, darunter Algerien, Syrien und die palästinensischen Gebiete, vorgesehen ist.

Die Öffnung von Erasmus+ für Länder, die durch Autoritarismus und schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet sind, würde zu einer Deformierung seines eigentlichen Wesensgehalts führen.

Nach Ansicht des für den Mittelmeerraum zuständigen Kommissionsmitglieds besteht eines der Ziele des Paktes darin, die Visumerteilung zu erleichtern und legale Wege zu eröffnen, wodurch die Umwandlung von Erasmus+ in ein Migrationsinstrument eingeräumt wurde.

Algerien hält derzeit willkürlich zwei europäische Bürger fest, und es wurden bereits Warnungen bezüglich der Verwendung von Erasmus+-Mitteln ausgesprochen, insbesondere in Bezug auf den Fall der Universität Gaziantep in der Türkei.

1. Wie rechtfertigt die Kommission die Tatsache, dass sie die Grundwerte der EU durch die Zusammenarbeit mit menschenrechtsverletzenden Regimen verrät, ohne das Parlament zu konsultieren?
2. Wie kann die Kommission sicherstellen, dass Erasmus+ ein europäisches Bildungsprogramm bleibt und dass zugleich der Wille der Mitgliedstaaten, die Einwanderung zu kontrollieren, respektiert wird?
3. Hat die Kommission die Abstimmung des Parlaments über den Haushaltsplan 2026 zur Kenntnis genommen, wonach jegliche Finanzierung von Einrichtungen, die mit Islamismus, Terrorismus oder Antisemitismus in Verbindung stehen, verboten wird, und wie gedenkt sie, dies bei der Frage der künftigen Ausrichtung des Programms Erasmus+ zu berücksichtigen?

Eingang: 6.11.2025